Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: H. Schlüter, Wilh. Schelling. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Köln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frese. — München: C. Manowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 582. [31. Jahrgang.] **Berlin, Sonnabend den 12. Dezember 1891. Abends.** [31. Jahrgang.] **Nr. 582.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Expediteure und die Expedition dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW., Wilhelmstraße 32,** zu richten, und wird gleichzeitige Honorarzahlung erbeten.

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 50: Bilder der Jugend. — Vaterländische Erinnerungen: Die St. Marienkirche zu Berlin. — Mannigfaltiges: Zur Erinnerung an Prinz Albert von Koburg, den Prinz-Gemahl der Königin Victoria von England, den Großvater unseres kaiserlichen Herrn. Der deutsche Brief und seine Geschichte. Syphon-Haus- und Landwirthschaft. Die Verschiedenheit des Gebrauchswerthes der Kartoffeln. Eine englische Stimme über das Melken der Kühe. — Kleine Mittheilungen. — Landwirthschaftliche Literatur.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 12. Dezember.

Wenn neuerdings die Frage aufgeworfen werden konnte, ob das Bestreben der Unterrichtsverwaltung, die äußere Lage der Lehrer überhaupt und mit in vorderster Reihe die der Lehrer an höheren Schulen den gegebenen Verhältnissen entsprechend aufzubessern, auch den Lehrern an Anstalten königlichen Patronats zu gute kommen werde, so bemerkt dies, wie bescheiden vielfach bei uns die Kraft ist, aus den Dingen selbst, wie sie sich entwickeln, scharfe Schlüsse zu ziehen, und wie stark die Abneigung, vor dem Aufwerfen von Doktorfragen genügende Informationen einzuholen. In einem monarchischen Staate wie Preußen seitens der Regierung in die Hand genommene Reformen, wie die in Frage stehende, werden selbstverständlich auch auf die Angestellten an Anstalten königlichen Patronats Anwendung finden. Eine andere Meinung hat wenigstens in maßgebenden Kreisen niemals aufkommen können.

Ist es doch von Anfang an der Wunsch und der feste Wille des verantwortlichen Leiters der Unterrichtsverwaltung gewesen, die Verhältnisse der in Betracht kommenden Lehrer überhaupt nach gleichen Grundsätzen aufzubessern, gleichviel, ob sie an staatlichen oder nicht staatlichen Anstalten angestellt sind.

Scheint die Hoffnung berechtigt, daß es gelingen werde, bereits in der nächsten Tagung des Landtages gleichzeitig mit der Aufbesserung der Lage der Lehrer an staatlichen Anstalten auch den von und wiederholt markirten Grundsätzen auch für die höheren Lehrer an städtischen Schulen zu erreichen, daß dass Ziel gesetzgeberisch fixirt wird, nach dessen Erreichung eine völlige Gleichstellung der Lehrer an staatlichen und städtischen Anstalten die Regel wäre, so müßte für das Weitere freilich von den Kommunen selbst gefordert werden und an Stelle der staatlichen Energie die der Kommunalverwaltungen treten. Dem abgesehen davon, daß dem Kultusminister jede Möglichkeit fehlt, auf dem Wege des Zwangs eine neue Ordnung von Dingen zu erstreben, welche in erster Linie die Gemeinden und nicht den Staat angeht, ist sein Wunsch wie in anderer Beziehung, auch auf diesem Gebiete darauf gerichtet, die Selbstständigkeit der Gemeinden zu stärken und damit ihren Eifer für das gemeindliche Schulwesen zu fördern. Außerdem aber verbietet sich ein rigoroses Vorgehen den Gemeinden gegenüber aus finanziellen Gründen. Es liegt auf der Hand, daß, wenn einfach dekretirt würde, die Kommunen hätten ihre höheren Lehrer bis zu einem nahelegenden Zeitpunkte ebenso zu stellen, wie es der Staat gethan, die Wirkung eines solchen Vorgehens auf nicht besonders finanzkräftige Gemeinden eine sehr tiefgreifende, und unter Umständen geradezu verhängnißvolle sein könnte. Läßt also die Rücksicht auf die finanzielle Lage nicht weniger Städte ein Abstehen von jeder Rigorosität geboten erscheinen, und ist es schlechterdings unangebracht, durch uns ungleichartige Verhältnisse über einen Kamm scheeren zu wollen, so wird nichtsdestoweniger das Interesse, welches die Unterrichtsverwaltung daran nimmt, daß die Lehrer höherer Ordnung so schnell wie möglich in ganz analoge Verhältnisse auftrücken, gleichviel ob sie an Anstalten staatlicher oder städtischer Provenienz ihres ebenso wichtigen wie mühevollen Amtes walten, unvermindert dasselbe bleiben.

Die heutige (139.) Plenarsitzung des **Reichstages**, welcher auch der Reichskanzler v. Caprivi von Beginn bereiten an theilnahmte, wurde vom ersten Vizepräsidenten Grafen Ballestrem um 11¼ Uhr eröffnet. Der erste Redner ist heute Abg. Singer, welcher hervorhob, daß seine Partei Handelsverträge von höher und niedrigen Zolltarife vorgezogen habe. Seine prinzipiell also die Handelsverträge zu billigen, so machten doch die jetzt vorgelegten einen überaus schwächlichen Eingriff in das bestehende System. Die Getreidezölle, welche abgesehen von ihrem finanziellen Effekt für das Reich, nur den Großgrundbesitzern auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu Gute kommen, würden in einer ganz ungerechtfertigten Höhe aufrechterhalten. Gleichwohl sei das grundsätzliche Abweichen von dem bisherigen System mit Befriedigung zu begrüßen. Von einer Nothlage der Landwirthschaft im Allgemeinen könne gar nicht die Rede sein; den Großgrundbesitzern zu Liebe dürfe aber die große Belastung der Bevölkerung nicht aufrecht erhalten bleiben. Der Zoll von 3 ℳ 50 ₰ sei, wenn auch etwas niedriger, doch ebenso verwerflich, wie der bestehende von 5 ℳ. Seine Freunde würden jedenfalls nicht aufhören, für die gänzliche Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel so lange zu wirken, bis das Ziel erreicht sei. Könnte die Landwirthschaft ohne Zölle wirklich nicht mehr existiren, dann folgere daraus nur, daß der Moment gekommen, wo der Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit zu übernehmen sei. Für die Arbeiter käme bei den Handelsverträgen nicht viel heraus; den Arbeitern könnten die Regierungen nur durch Schaffung des Normalarbeitstages helfen. Was die Sozialdemokraten in Erfurt ausgebrochen, sei nichts Anderes, als was sie von jeher verkündet. Die Sozialdemokratie könnte mit der Entwickelung der Verhältnisse durchaus zufrieden sein; die Abbröckelung und der Untergang der bestehenden Wirthschaftsform brauche von ihr nur klargestellt zu werden. Die Konsequenzen aus diesen Erscheinungen würden sich von selbst ergeben; dazu Putsche u. dergl. würde seine Partei sich nicht einlassen. Sehr anzuerkennen sei, daß der Herr Reichskanzler auf die internationale Verständigung in den Zollangelegenheiten hingewiesen; dasselbe müsse auch auch daran erinnert werden, daß die Sozialdemokratie auf die internationalen Vereinigungen von jeher hingewiesen habe. Was die Regierungen noch zur Ergänzung und Aufklärung ihrer Vorlage beibringen könnten, sei zweckmäßig allein im Plenum, und deshalb schon sei die kommissorische Berathung nicht angezeigt. Abg. Frhr. v. Huene wandte sich nach einigen einleitenden Worten, welche die Ausführungen des Abg. Singer sowie die Rede seines Fraktionsgenossen Reichensperger betrafen, den Darlegungen zu von der rechten Seite des Hauses, zunächst denen des Abg. Grafen Kanitz. Heute würde ein autonomer Tarif ein wirthschaftlicher Nothzoll sein; Niemand würde die Zölle zahlen. Das Verlangen, daß gleichzeitig mit den landwirthschaftlichen Zöllen unbedingt auch die Industriezölle herabgesetzt werden müßten, entspreche der Gerechtigkeit nicht. Auch der Abg. v. Kardorff sei unrichtig, daß wir erst den Zolltarif autonom feststellen und dann verhandeln sollten, verstehe er nicht recht. Wir hätten ja doch einen Tarif. Der Herr Reichskanzler habe in seiner Rede die großen politischen Gesichtspunkte für die Verträge hervorgehoben, und für seine Freunde seien in der That diese auch bestimmend gewesen, die sachlichen Bedenken, die sie gegen einen Theil der Vorlage gehabt, aufzugeben. Da bei dieser Vorlage jede Aenderung gleichbedeutend mit Ablehnung gleichkomme, das Volk möglichst bald über das Schicksal der Vorlage unterrichtet werden müsse, auch der Herr Reichskanzler jede gewünschte Auskunft für die Spezialberathung im Plenum zugesagt habe, so sei eine Kommissionsberathung nicht angezeigt. Seine Freunde stimmten den Verträgen zu, weil sie überzeugt seien, daß sie dem Deutschen Reiche nach außen wie nach innen zum Segen und zur Vermehrung seiner Macht gereichen werden. Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz konstatirt, daß, während der Abg. Graf Kanitz vorgestern den einen Theil der konservativen Partei vertreten habe, er selbst Namens des anderen Theils spreche, der den Verträgen zustimme. Auch dieser Theil verkenne nicht, daß schließlich auch die Wahrnehmung nicht verschlossen, daß die Landwirthschaft zum guten Theil allein die Kosten der Verträge zu tragen habe. Gleichwohl hätten die weiteren Ausführungen des Herrn Reichskanzlers ihn überzeugt, daß deshalb ein warmes Herz für die Landwirthschaft habe. In der That sei ja auch die Landwirthschaft nicht bloß für die Ernährung der Armee, sondern auch für ihren Personalbestand an Mannschaften und Offizieren unentbehrlich. Derjenige Theil ihrer politischen Freunde, welcher für die Verträge stimme, weise den Vorwurf, daß er sahnenflüchtig die Landwirthschaft verlasse, entschieden zurück. Die Unzufriedenheit, welche in den ländlichen Kreisen allerdings bestehe, sei namentlich auf den Mangel an Arbeitern zurückzuführen; auf diesen Punkt möge die Regierung ihre besondere Sorgfalt lenken. Besonders sei die Umgestaltung des Unterstützungswohnsitzgesetzes und Einschränkung des Freizügigkeitsgesetzes ins Auge zu fassen. Daß wir in politischer Beziehung mit den Handelsverträgen einen richtigen Schritt gethan, bewerte die französische Presse, Rüchberr v. Caprivi kann sicher sein, daß er in seiner Rede die Industrie höher gestellt habe, als die Landwirthschaft. Er wisse in der That nicht, wie er eine wohlwollendere Rede für die Landwirthschaft halten solle, wenn er eine solche Rede noch einmal halten müßte. Er schließe sich aber dem Wunsche des Abg. v. Huene an, daß seine Rede als ein Ganzes aufgenommen werden möchte. Auch würde er sich gern auf das Bemerkenswerthe einlassen, daß man die Industrie als die „Rabenmutter" und die Landwirthschaft als die „Nährmutter" des Staates bezeichne. (Heiterkeit.) Es sei selbstverständlich, daß die Landwirthschaft aus diesen Verträgen nicht habe Lernungsklassen werden können, weil die Verträge mit Staaten abgeschlossen seien, welche überwiegend Landwirthschaft hätten, während wir landwirthschaftliche Produkte importiren müßten, und sie nur mit verhältnißmäßig geringen Zöllen könnten. Der Redestrom ohne Kaum, welche Mühe es der deutschen Regierung gemacht habe, den Satz von 3 ℳ 80 ₰ zu erhalten. Im Uebrigen laste die Regierung es auch sonst an Sorge für die Landwirthschaft nicht fehlen; in der jetzigen wichtige Session werde nicht zu Ende gehen, ohne daß eine Vorlage, betreffend Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, gemacht wäre. (Bravo!) Abg. Dr. Hahn-Häuser findet, daß die Verträge durch aus vortheilhaft seien; namentlich der Vertrag mit Oesterreich biete für beide Theile gleiche Vortheile. Die Zugeständnisse Oesterreichs seien keineswegs unbedeutend. Und wenn auch ein Theil seiner politischen Freunde Bedenken gegen die Verträge habe, so seien dieselben keinenfalls so stark, daß sie zu einer Ablehnung der Vorlage führen könnten. Seine Freunde würden auch nicht für eine Kommissionsberathung stimmen. Abg. Graf Kanitz schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen des Vorredners an. Die Freisinnigen seien einstimmig für die Vorlage und für die schnelle Erledigung derselben im Interesse des Volkes. Seine Freunde unterstützten übrigens die Regierung in unabhängiger, selbstständiger Abschließung. Die Regierung müsse noch vor Ablauf des Jahres wissen, woran sie wegen der Vorlagen mit dem Reichstage sei. Was unbedingt für die ärmeren östlichen Provinzen jetzt zu thun nöthig sei, werde die Regierung alsbald in die Wege zu leiten haben. Den Arbeitermangel im Osten beschwöben die hohen Industriezölle und die Polenpolitik des Fürsten Bismarck. Das Unterstützungswohnsitzgesetz wollten seine Freunde schon lange ganz beseitigt wissen; aber an dem Freizügigkeitsgesetz ließen sie nicht rütteln. Die Ansicht des Herrn Reichskanzlers, daß es bei uns mit dem Großgrundbesitz recht schlecht stehe, könne er nicht theilen. Wenn der Grundbesitz indeß thatsächlich Staatshülfe bedürfte, dann müsse auf andere Weise Hülfe geschafft werden als durch eine Progressivsteuer nach unten, wie es die Getreidezölle seien. Der frühere Staatssekretär des Innern Botticher habe sie große Genugthuung, daß alles Das eingetroffen sei, was er vorher gesagt habe. Bei Schluß des Berichts nimmt der Reichskanzler v. Caprivi das Wort.

Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden sollen, nach Mittheilungen des „Hann. Kour." aus Amsterdam, Mitte dieses Monats in Berlin beginnen.

Die Stellung des Zentrums zu der Hauptfrage, welche bezüglich der Handelsverträge von agrarischer Seite Beanstandung findet, zu den Getreidezöllen, wird in der „Köln. Volks-Ztg." dahin präzisirt:

„Zur allseitigen Orientirung wird eine ausgiebige Berathung in zweiter Lesung im Plenum viel geeigneter sein als eine Kommissionsberathung. Bei der Vielthätigkeit der in Frage stehenden Interessen hat das Publikum einen unabweisbaren Anspruch auf uneingeschränkte Oeffentlichkeit. Das Zentrum dürfte deshalb auch geschlossen gegen eine Kommissionsberathung stimmen. Die Mitglieder des Zentrums, welche besonders für die landwirthschaftlichen Interessen eintreten, sind sich eben so klar darüber, wie die Konservativen, daß die Vorlagen von der Landwirthschaft Opfer verlangen; aber sie sind bereit, dieselben zu bringen, und zwar im Interesse der Gesammtheit des Reichs, während die Konservativen diese Opfer nicht bringen wollen. Das ist der ganze Unterschied.

Wie wir schon bemerkt haben, liegt kein Anhalt dafür vor, daß die Konservativen solche Opfer nicht bringen wollten; es ist bisher immer nur ein Theil der konservativen Partei, welcher sich in dem von der „K. Z. 3" auf die Gesammtpartei ausgedehnten Sinne ausgesprochen hat.

Die sozialdemokratische Führung scheint in Sorge zu sein, die so sehr überzeugenden Erklärungen des Reichskanzlers über die mit den Handelsverträgen für die Arbeiter verfolgten Ziele könnten Eindruck bei ihrer Klientel machen. Offenbar in solcher Besorgniß schreibt das offiziöse Organ der Parteileitung:

„Der Reichskanzler stand in seiner Rede so vollständig auf dem wirthschaftlichen und sozialen Boden der Bourgeoisie, . . . daß die „arbeiterfreundlichen" Worte nur als dekorativer Beiwerk erscheinen."

Wenn die sozialdemokratische Logik nicht stets ihre eigenen Wege ginge, so müßte der Satz: „Was Arbeiterfreund ist, „Vorwärts" nicht haben übersehen können, wie sein „nur" die Schlußfolge nicht erschöpft, vielmehr noch eine zweite möglich ist. Weil eben, was auf dem wirthschaftlichen und sozialen Gebiet des bürgerlichen Gesellschaft steht, arbeiterfreundlich ist, eben deshalb waren die vom „Vorwärts" als dekoratives Beiwerk diskreditirten Ausführungen des Herrn v. Caprivi eine logische Konsequenz seines allgemeinen politischen Standpunktes. Dieses darf natürlich das sozialdemokratische Blatt nicht gelten und zum Bewußtsein der Arbeiter kommen lassen, deshalb kommt es ihm auch nicht darauf an, der gelunden Vernunft ein Schnippchen zu schlagen.

Zu den in den Handelsverträgen für **Wein** eingeräumten Zollermäßigungen äußert die in Mainz erscheinende „Deutsche Wein-Zeitung":

„Diese Zugeständnisse dürfen bei ruhiger Betrachtung vom deutschen Winzerstande acceptirt werden; höchstens könnte man dem Zollsatze für Trauben (eingestampft) 4 ℳ pro 100 Kilogr., also ca. 72 ₰ für ein Stück ungekelterten Obst in Rücksicht des italienischen Traubenpreises im Interesse der deutschen Traubenverkäufe Bedenken entgegenbringen, wenn die praktischen Verhältnisse dies nicht schon allein alleriren. Abgesehen davon, daß die italienischen Traubenpreise, Transportkosten und Zoll sich schon an und für sich den Traubenpreisen für deutsche Portugiesermoste nähern, fallen die Bedenklichkeiten des Traubenpreises, die kurze Zeit für die Art solchen Bezuges derart in die Waagschale, daß aus diesem Umstande der deutschen Weinbau keinerlei Befürchtungen zu hegen braucht. Für den deutschen Weinhandel und insbesondere aber auch für die deutsche Mostfrüchtfabrikation dürfte der neue Zoll für eingestampfte Trauben sogar erheblichen Vortheil bieten, da bisher Konkurrenz zu bereiten, nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem Weltmarkte. Hiermit werden auch die Interessen unser Produktion gefördert, weil auch deren Erzeugnisse dadurch vermehrten Absatz gewinnen."

In den Reichstagsverhandlungen zur Krankenkassennovelle spielte die Freigabe der **Arzneymittel** eine hervorragende Rolle. Diese Frage bildete dieser Tage den Gegenstand einer Berathung der ständigen Kommission des allgemeinen deutschen Handelstages. Die aus den verschiedenen Bergwerksbezirken des Reichs erschienenen Vertreter äußerten sich einstimmig und auf das Entschiedenste gegen die Freigabe.

Zur Angelegenheit der Post- und Personenverbindung Schwedens mit Deutschland schreibt man uns aus Stockholm, 10. Dezember:

Nachdem kürzlich in Anlaß des vom Grafen Arwid Posse dem König übergebenen Schreibens, betreffend die Beförderung Pfluds vor Trelleborg bei der neuen feste- und Personenbeförderung nach Deutschland und von da nach Schweden, das Kootsenwesen sein Gutachten abgegeben hat, ist unterm 7. d. auch von der Eisenbahnverwaltung der geforderte Bericht über die Frage eingegangen. Nach Angabe dieses Schreibens beträgt der Abstand zwischen Stockholm und Pfluds über Gotha 660 Kilometer, der zwischen Stockholm und Trelleborg über Lund nur 544; der letztere Weg ist also um 116 Kilometer kürzer. Da nun der Uebersahrung zwischen Schonig auf der einen und Trelleborg oder Pfluds auf der anderen Seite gleich ist, so entfällt durch Anwendung der Eisenbahn Lund-Trelleborg eine Zeitersparniß von etwa 15 Minuten. Es wird denn auch angenommen, daß die kleine Gothi-Pfluds wegen unverhältnißmäßiger Umstände der Personenbeförderung und des Postverkehrs nicht in Frage kommen können, und daß für die Anlegung einer gewissen, näher bezeichneten Werftanlagenbahn in Anbetracht der Kosten, die sie mit sich führen würde, kein Grund vorhanden sei.

Für den Verkehr mit dem Kontinent, der vom Westen Schwedens kommt und über die Westlinien-Bahn geht, dürfte es nach Ansicht der Eisenbahnverwaltung von vornherein gleichgültig sein, ob Pfluds oder Trelleborg als Uebergangsstation gewählt werde; in keinem Falle werde die Zahl der Reisenden von dort der bedeutend sein. Aber der Abstand zwischen Gothenburg und Pfluds betrage 266 Kilometer, der zwischen Gothenburg und Trelleborg 238 Kilometer; der Unterschied würde sich nur durch schnellere Züge auf der ersteren Strecke ausgleichen lassen, und die größeren Kosten könnten nicht durch größeren Verkehr gedeckt werden. Der Weg über Trelleborg stelle sich auch deshalb vortheilhafter als der über Pfluds, weil für den ersteren vermehrter Zugdienst nur auf einer Länge von 54 Kilometern, für den letzteren auf einer von 116 Kilometern erforderlich sei.

Zuletzt betont die Bahnverwaltung, daß früher oder später das Bedürfniß, die Privatbahn, auf welcher der durchgehende Verkehr stattfinde, für den Staat einzulösen, sich geltend machen würde, und daß sofern nicht ganz geringer Kosten, wenn die Verbindung über Trelleborg gehe, als wenn über Pfluds.

Die Gutachten beider Verwaltungen gehen sonach auf Linie Trelleborg-Gothenburg hinaus.

An anderer Stelle (vergl. Nr. 574 der „Nordd. Allg. Ztg." unter Lokales) haben wir Aeußerungen mitgetheilt, die in einem hiesigen kirchlichen Verein über Vorgänge bei der **Wahl des General-Synodalvorstandes** durch die Generalsynode gefallen sind.

Diese Angelegenheit beschäftigt die Blätter vielfach, und verzeichnen wir hier, was neuerdings zwei der nächstbetheiligten Blätter zu derselben beibrachten. Der „Reichs-Bote" schreibt:

„Die Wahlzeit der gestern mitgetheilten Darstellung der „Deutschen Evang. Kirchen-Ztg." über die Wahl des General-Synodalvorstandes wird uns mitgetheilt, daß es nicht richtig sei, wenn dort „byzantinisches Treiben" als das für diese Wahl im letzten Grunde ausschlaggebende Moment hingestellt wird, vielmehr seien sachliche Erwägungen maßgebend gewesen, welche es den Betheiligten nicht rathsam erscheinen ließen, Männer mit ausgeprägt politischer Stellung in diese kirchliche Körperschaft zu wählen, da man während der ganzen Generalsynode die Tendenz habe walten lassen, gegenüber den verfehlten politischen Parteiforderungen unserer Zeit sich sichtbar auf die verschärfte Liebe zur Förderung der kirchlichen Arbeit zur Geltung zu bringen."

Darauf bemerkt die „Kreuzzeitung":

„Wir wissen nicht, ob der „Reichsbote" mit dieser ohne Widerspruch aufgenommenen angeblichen Berichtigung seinerseits eine Lossagung von Stöcker hat vollziehen wollen; daß es im Lande so verstanden werden wird, ist zweifellos. Die einfache Thatsache, daß Stöcker-Schwerin, der von der Mittelpartei und dem abtrünnigen Theil der positiv-unirten Gruppe gegen Stöcker in den General-Synodalvorstand gewählt worden ist, auf diesem Verhältniß seiner bisherigen Gruppengenossen Veranlassung genommen hat, mit Stöcker zugleich aus der Gruppe auszuscheiden, hätte doch dem „Reichsboten" Beweis genug dafür sein können, daß die ihm zugesandte Mittheilung unhaltbar und oder irrig sei.

Es scheint, als ob eine Stellungnahme der Oeffentlichkeit zu diesen Vorgängen bald erforderlich sein werde; wir verzeichnen die Symptome, ohne jener vorgreifen zu wollen.

Zu den **Börsenanträgen** hat das Aeltestenkollegium der Kaufmannschaft zu Magdeburg in einer heute stattgehabten Sitzung folgende Resolution, wie folgt, Stellung genommen:

„1. Trotz der in letzter Zeit vorgekommenen, auf das Schärfste zu verurtheilenden Vertrauensbrüche, darf deshalb die Solidität und Ehrenhaftigkeit des deutschen Bank- und Börsenhandels im Allgemeinen nicht angetastet werden. Die strenge Bestrafung der Unterschlagungen oder sonstigen, wenn auch ohne Unterschlagungsabsicht vorkommenden Verwendungen anvertrauter Depots, wie auch eine etwaige Verschärfung der bestehenden Strafbestimmungen ist durchaus zu billigen. Auch die unbefugte Verleihung anvertrauter, wenn auch vertretbarer Effekten, müßte unter strenge Strafe gestellt werden.

2. Die Freiheit des Börsenverkehrs muß durchaus gewahrt bleiben; eine Ausdehnung der derzeit völlig ausreichend geregelten staatlichen Aufsicht, insbesondere ein unmittelbares Eingreifen der Staatsgewalt in das Börsengeschäft durch staatliche Kommissare oder verwaltungsrechtliche Folgen für den gesammten börsenmäßigen Handel und alle mit demselben zusammenhängenden Geschäftskreise.

3. Der Ausschluß der Differenzgeschäfte von der Waaren- und von der Fondsbörse ist wegen der Undurchführbarkeit zur Sonderung dieser Geschäfte von berechtigten für den Handel unbedingt nöthigen Börsenlieferungsgeschäften unmöglich. Hingegen unterliegt es keinem Bedenken, die von dem soliden Handel abhelfen Differenzgeschäfte durch gesetzliche Bestimmungen zu verhindern. Desgleichen müssen Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, durch welche die Betheiligung von Angestellten eingetragener Handelsfirmen an Börsengeschäften auf eigene Rechnung möglichst unterdrückt würde.

4. Auch eine Verschärfung der Konkursordnung, durch welche das Zustandekommen des Zwangsvergleichs und die sonstige Selbstfindungswerden des Gemeinschuldners erschwert und leichtfertiger Konkurs unter strengere Strafe gestellt würde, unterliegt keinem Bedenken."

Rundschau im Auslande.

Wenn auch keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, daß das englische Parlament vor Ablauf der gegenwärtigen Session, womit dasselbe seine gesetzliche Endschaft erreicht, erneuert werde, so sind doch alle Kundgebungen der hervorragenden Politiker schon jetzt mehr oder weniger als Wahlreden zu betrachten. Es ist eine erkleckliche Anzahl von Parteikundgebungen dieser Art, welche die englischen Blätter in jüngster Zeit zu registriren hatten. Ein übereinstimmendes Merkmal findet sich indessen in allen diesen Reden, und zwar in den konservativen ebenso wie in den liberalen: man sucht nach der Formulirung eines Wahlerfolg verheißenden Programms. Dabei kehrt in den Auslassungen der liberalen Redner stets die allerdings nicht ganz unbegründete Behauptung wieder, die Tories hätten ihre popularisten Maßnahmen und Vorschläge dem Programm ihrer Gegner entnommen, während hinwiederum gewisse Torykundgebungen nicht frei sind von dem Anschein, als suchte man durch Entgegenkommen gegen die Wünsche der unteren Volksschichten die Liberalen zu übertrumpfen. In der konservativen Presse sind bereits Stimmen laut geworden, welche vor dem „gefährlichen Wettbewerb" um die Volksgunst warnen. Vor der Hand wird man den freigebigen Politikern beider Parteien das Zugeständniß einer gewissen Vorsicht und Behutsamkeit wenigstens in soweit nicht versagen können, als dieselben sich meist einer so allgemeinen Ausdrucksweise befleißigen, daß es schwer halten dürfte, dieselben ernsthaft beim Worte zu nehmen. Auch Herr Gladstone macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Bei einem gestern stattgehabten Festessen der Delegirten der Landesreform-Konferenz hielt er eine Rede und hob darin die Nothwendigkeit hervor, die Lage der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, um die zunehmende Uebersiedelung der Landbewohner nach den Städten zu verhindern. Genau dasselbe haben ein Dutzend oder mehr konservative Redner auch schon gesagt, was aber keineswegs ausschließt, daß mit Bezug auf konkrete Behandlung der Frage konservative und liberale Ansichten sehr weit auseinandergehen. Herr Gladstone meint auch, es sei nothwendig, in das Parlament eine größere Anzahl ländlicher Vertreter zu senden, ohne aber denselben die Kosten für ihre Wahl aufzuerlegen. Also Parteisubsidien an „kleine Leute" von ländlicher Herkunft und Gladstone'scher Gesinnung, — gesetzt, das Geld stände frei, werden sich in England auch die Wähler finden, welche in derartig Vor- und Eingeschobenen ihre richtigen parlamentarischen Vertreter sehen? Offenbar ist es mit der realen Grundlage dieser Vorschläge etwas dürftig bestellt, aber dergleichen klingt gut, besonders im Munde eines Redners wie Herr Gladstone, welcher seine Zuhörer schon durch Stimme und Vortrag zu bezaubern weiß.

Englische Blätter registriren als ein Zeichen der Rückkehr des gesellschaftlichen Friedens in Irland die Meldung, daß im Süden der Insel ein Schiedsgericht in der Bildung begriffen ist, welches zwischen den ausgewiesenen Pächtern und den Gutsherren vermitteln will auf Grund der Paragraphen der Landankaufsakte über die Wiedereinsetzung der vertriebenen Pächter in ihren Besitz.

In der letzten Woche hat in **Belgien** eine pädagogisch-politische Frage eine große Rolle gespielt, nämlich die Frage der französisch-chauvinistischen Schuldürcher, welche in den belgischen Lehranstalten im Gebrauche sind. Der vlämische Nationalverein in Brüssel, welcher sich den Widerstand gegen das Eindringen der französischen Elemente in Belgien zum Hauptziel gesetzt hat, hat seine Thätigkeit auch der Untersuchung der französischen Lehrbücher zugewendet, wobei er die Entdeckung machte, daß dieselben zum großen Theile dem französischen Chauvinismus huldigen. In manchen Lesebüchern, welche den belgischen Kindern in die Hand gegeben werden, wird die Verachtung des deutschen Volkes und seiner Errungenschaften ganz offen ausgesprochen, und es versteht sich von selbst, daß sie für belgische Schulen nicht passen. Der vlämische Nationalverein hat gegen den weiteren Gebrauch dieser natürlich aus Paris stammenden Lehrbücher nicht nur Protest eingelegt, sondern der ganzen Bevölkerung die Sache durch öffentliche Maueranschläge zur Kenntniß gebracht. Die Bestrebungen der vlämischen Partei sind bereits von Erfolg gekrönt worden. Der Brüsseler Bürgermeister Buls, welcher persönlich zu den eifrigen Anhängern der vlämischen Sache gehört, ließ nicht nur die erwähnten Lehrbücher aus den Schulen entfernen, sondern betraute die städtische Schulkommission mit der Aufgabe, überhaupt alle aus Frankreich kommenden Schulbücher grundsätzlich vom Gebrauch in den städtischen Schulen auszuschließen und dieselben durch belgische Schulbücher zu ersetzen. Der Minister des Innern und des öffentlichen Unterrichts, Deburlet, hat seinerseits deshalb der städtischen Schulen eine ähnliche Verfügung erlassen, und so ist die Hoffnung berechtigt, daß die belgischen Schulkinder im nächsten Jahre nicht mehr Bücher in die Hand bekommen, in denen stets von dem „schönen, freiheitlich gesinnten" Frankreich, von den „französischen" Provinzen Elsaß-Lothringen und ähnlichen Dingen die Rede ist.

Als Beschützerin der vlämischen Sprache ist vor einigen Tagen die Königin von Belgien aufgetreten. Dieselbe war in voriger Woche in Begleitung ihres ganzen Hofstaates, der Minister und des Ober-Bürgermeisters Buls im vlämischen National-Theater erschienen. Der Ausschuß der Theaterleitung, mit dem Direktor Hendrix an der Spitze, empfing die Königin beim Eintritt ins Theater. Der Direktor begrüßte die Königin in französischer Sprache, die in Belgien als die Hofsprache gilt. Die Königin aber erwiderte in vlämischer Sprache und sagte, die Belgier